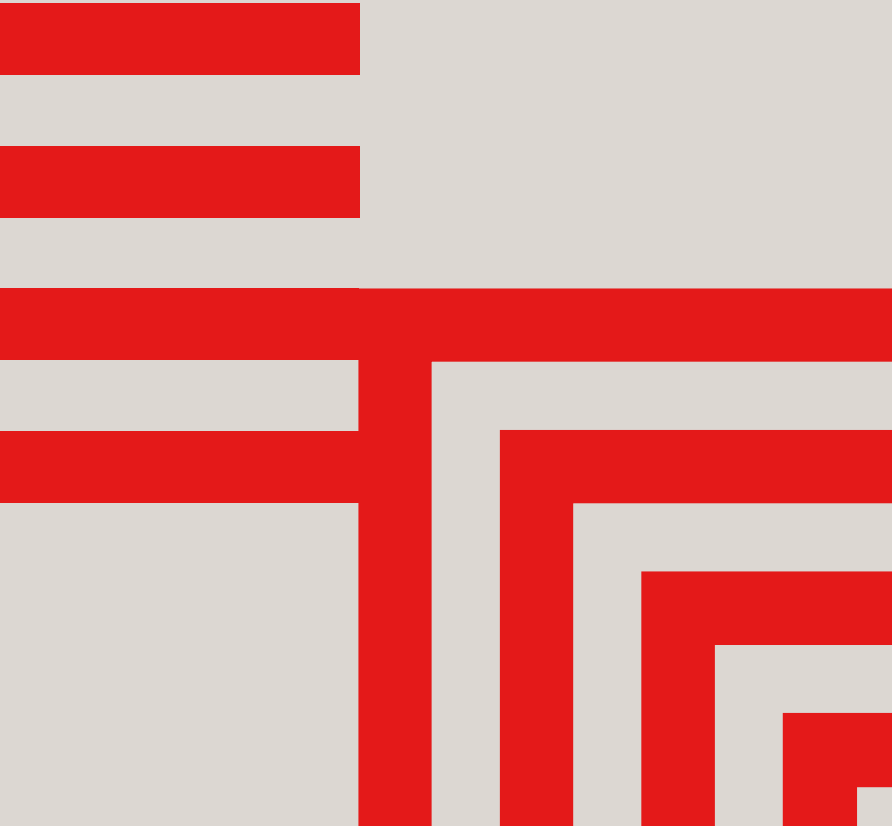


# Unabhängigkeitserklärung der Katalanischen Republik

Genehmigt durch das  
Parlament von Katalonien  
am 27. Oktober 2017



# **Unabhängigkeitserklärung der Katalanischen Republik**

**Genehmigt durch das  
Parlament von Katalonien  
am 27. Oktober 2017**



**Consell  
per la República  
Catalana**

*Aquesta és la primera publicació del Consell per la República Catalana que s'ha editat el 23 d'abril de 2021 en motiu de la Diada de Sant Jordi.*

## **Publicacions del Consell per la República Catalana**

© d'aquesta edició: Consell per la República Catalana

Col·lecció: Publicacions del Consell per la República Catalana, núm. 1

Idioma: Alemany / Deutsch

Traductors: Charlotte Berger i Michaela Klinkert

Disseny i maquetació: Consell per la República Catalana



Aquesta obra ha estat editada pel Consell per la República Catalana. L'ús dels continguts d'aquesta obra està subjecte a una llicència de Reconeixement – No Comercial – Sense Obra Derivada (by-nc-nd) de Creative Commons. Se'n permet la reproducció, distribució i comunicació pública sempre i quan no sigui per a usos lucratis i no es modifiqui el contingut de l'obra. Per veure una còpia de la llicència, visiteu <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.ca>

## **Zusammenfassung**

<b>Parlament von Katalonien</b> .....	4
<b>Antrag auf Beschlussfassung</b> .....	5
<b>Entschliessungsantrag 1</b> .....	5
Erklärung der Vertreter von Katalonien.....	5
Entschliessungsantrag .....	9
<b>Entschliessungsantrag 2</b> .....	13
Konstituierender Prozess .....	13
<b>Faksimile</b> .....	15

## **Parlament von Katalonien**

### **Dem Präsidium zur Vorlage**

Lluís M. Corominas i Díaz, Präsident der Fraktion Junts pel Sí, und Marta Rovira i Vergés, Sprecherin der Fraktion Junts pel Sí, Mireia Boya e Busquet, Präsidentin der Fraktion der Candidatura d'Unitat Popular - Crida Constituent (Kandidatur für die Einheit des Volkes), Anna Gabriel i Sabaté, Sprecherin der Fraktion der Candidatura d'Unitat Popular - Crida Constituent, legen gemäß den Bestimmungen der Artikel 151 und 152 der Geschäftsordnung des Parlaments die folgenden Gesetzentwürfe nach dem Plenum über die Anwendung von Artikel 155 der spanischen Verfassung in Katalonien und seine möglichen Auswirkungen vor (Referenz 255-00004 / 11).

## **Antrag auf Beschlussfassung**

### **Entschliessungsantrag 1**

#### **Erklärung der Vertreter von Katalonien**

Die Abgeordneten der Fraktion der Junts pel Sí und die CUP-Crida Constituent unterzeichneten am vergangenen 10. Oktober im Parlament von Katalonien das Folgende:

#### **Erklärung der Vertreter von Katalonien**

An das katalanische Volk und an alle Völker der Welt:

Die Gerechtigkeit und die individuellen und kollektiven intrinsischen Menschenrechte, unveräußerliche Grundlagen, die der historischen Legitimität und der rechtlichen und institutionellen Tradition in Katalonien Bedeutung verleihen, bilden die Grundlage der Verfassung der Katalanischen Republik.

Die katalanische Nation, ihre Sprache und ihre Kultur haben eine tausendjährige Geschichte. Katalonien hat sich seit Jahrhunderten mit eigenen Institutionen ausgestattet, die die Selbstverwaltung voll ausgeübt haben, wobei die Generalitat der höchste Ausdruck der historischen Rechte Kataloniens ist. Der Parlamentarismus war, in den historischen Perioden der Freiheit, die Säule, auf der diese Institutionen aufrechterhalten wurden. Er hat durch das Parlament seine Wirkung entfaltet und sich in den Verfassungen Kataloniens etabliert.

Katalonien stellt heute seine verlorene und seit Langem ersehnte, volle Souveränität wieder her, nachdem es jahrzehntelang ehrlich und loyal versucht hat, mit den Völkern der Iberischen Halbinsel institutionell zusammenzuleben.

Seit Verabschiedung der spanischen Verfassung 1978 hat die katalanische Politik eine Schlüsselrolle eingenommen durch eine vor-

bildliche, loyale und demokratische Haltung gegenüber Spanien und durch ein tiefes Staatsgefühl.

Der spanische Staat hat auf diese Loyalität mit der Verweigerung der Anerkennung Kataloniens als Nation reagiert. Er hat die gewährte Autonomie auf einen eher administrativen als politischen Charakter begrenzt und befindet sich im Prozess der Rezentralisierung; eine zutiefst unfaire wirtschaftliche Behandlung sowie sprachliche und kulturelle Diskriminierung.

Das vom spanischen Parlament und Kongress genehmigte und von den katalanischen Bürgern unterstützte Autonomiestatut sollte der neue stabile und dauerhafte Rahmen für die bilateralen Beziehungen zwischen Katalonien und Spanien sein. Aber diese politische Vereinbarung wurde durch das Urteil des Verfassungsgerichts gebrochen, und daraus gehen neue Forderungen der Bürger hervor.

Diesen Forderungen einer großen Mehrheit der katalanischen Bürger folgend, haben das Parlament, die Regierung und die bürgerlichen Institutionen Kataloniens wiederholt um Zustimmung zur Durchführung eines Volksentscheids über das Recht auf Selbstbestimmung gebeten.

Angesichts der Tatsache, dass die staatlichen spanischen Institutionen alle Verhandlungen abgelehnt, gegen das Prinzip der Demokratie und Autonomie verstoßen und die in der Verfassung möglichen rechtlichen Mechanismen ignoriert haben, hat die Generalitat de Catalunya ein Referendum zur Ausübung des Rechts auf Selbstbestimmung ausgerufen, wie es im internationalen Völkerrecht anerkannt ist.

Die Organisation und Durchführung dieses Referendums haben zur Aufhebung der Selbstverwaltung Kataloniens und de facto zum Ausrufen des Ausnahmezustands geführt.

Der brutale, militaristische Polizeieinsatz, der vom spanischen Staat gegen katalanische Bürger orchestriert wurde, hat wiederholt die bürgerlichen und politischen Freiheiten und die Menschenrechte

verletzt; und hat gegen internationale Abkommen verstoßen, die vom spanischen Staat unterzeichnet und ratifiziert wurden.

Tausende von Menschen, darunter Hunderte von gewählten institutionellen Beamten und Fachleuten, die mit dem Kommunikationssektor, der Verwaltung und der Zivilgesellschaft in Verbindung stehen, wurden untersucht, inhaftiert, angeklagt, verhört und mit harten Haftstrafen bedroht.

Die spanischen Institutionen, die neutral bleiben, die Grundrechte schützen und angesichts des politischen Konflikts schiedsrichterlich handeln müssten, waren Teil und Instrument dieser Angriffe und haben den Bürgern Kataloniens Schutz verweigert.

Trotz der Gewalt und der Unterdrückung, mit der eine demokratische und friedliche Abstimmung verhindert werden sollte, haben die Bürger von Katalonien mehrheitlich für die Errichtung der katalanischen Republik gestimmt.

Die Verfassung der Katalanischen Republik basiert auf der Notwendigkeit, die Freiheit, Sicherheit und das Zusammenleben aller Bürger Kataloniens zu schützen und voranzukommen auf dem Weg zu einem Rechtsstaat und zu einer Demokratie mit mehr Qualität; und sie entgegnet einem spanischen Staat, der sich dem Recht auf Selbstbestimmung der Völker in den Weg stellt.

Das Volk in Katalonien achtet das Gesetz, und die Achtung des Gesetzes ist und bleibt einer der Eckpfeiler der Republik. Der katalanische Staat wird sich an alle Bestimmungen dieser Erklärung halten, sie rechtlich durchsetzen und gewährleisten, dass Rechtssicherheit und die Aufrechterhaltung der unterzeichneten Abkommen Teile des Gründungsgeistes der katalanischen Republik werden.

Die Verfassung der katalanischen Republik ist ein Angebot zum Dialog. Der katalanischen Tradition des Verhandeln treu, setzen wir uns weiterhin dafür ein, politische Konflikte durch Verhandlung zu lösen. Gleichzeitig bekräftigen wir unsere Brüderlichkeit und Solidarität mit den übrigen Völkern der Welt und insbesondere mit denen, mit denen wir Sprache und Kultur sowie den euro-



mediterranen Raum zur Verteidigung der individuellen und kollektiven Freiheiten teilen.

Die Katalanische Republik bietet die Möglichkeit, die derzeitigen demokratischen und sozialen Defizite zu korrigieren und eine wohlhabendere, gerechtere, sicherere, nachhaltigere und solidarischere Gesellschaft aufzubauen.

Aufgrund all dessen, erklären wir, die demokratischen Vertreter des katalanischen Volkes, in freier Ausübung des Selbstbestimmungsrechts und in Übereinstimmung mit dem von den Bürgern Kataloniens erhaltenen Mandat:

Wir ETABLIEREN die katalanische Republik als unabhängigen und souveränen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat.

Wir ORDNEEN das Inkrafttreten des Gesetzes zur vorübergehenden Rechtsprechung und zur Gründung der Republik an.

Wir BEGINNEN einen konstituierenden, demokratischen, bürger-nahen, transversalen, partizipativen und verbindlichen Prozess.

Wir BEKRÄFTIGEN den Willen, ohne Vorbedingungen Verhandlungen mit dem spanischen Staat aufzunehmen, die zum Ziel haben, einen Rahmen der Zusammenarbeit beider Parteien herzustellen. Es ist geboten, dass diese Verhandlungen auf Gleichwertigkeit beruhen.

Wir SETZEN die internationale Gemeinschaft und die Behörden der Europäischen Union über die Verfassung der katalanischen Republik und über den Vorschlag für Verhandlungen mit dem spanischen Staat IN KENNTNIS.

Wir FORDERN die internationale Gemeinschaft und die Behörden der Europäischen Union dazu auf, einzugreifen, um die anhaltende Verletzung der bürgerlichen und politischen Rechte zu stoppen, den Verhandlungsprozess mit dem spanischen Staat zu überwachen und Zeugen zu sein.

Wir ZEIGEN den Willen, ein europäisches Projekt aufzubauen, das die sozialen und demokratischen Rechte der Bürger stärkt; sowie

die Verpflichtung, im Sinne der Kontinuität und einseitig die Normen des Rechtssystems der Europäischen Union, des spanischen Staates und der katalanischen Autonomie weiterhin anzuwenden, die diese Vorschriften umsetzen.

Wir BEKRÄFTIGEN, dass Katalonien den unbestrittenen Wunsch hat, sich so schnell wie möglich in die internationale Gemeinschaft zu integrieren. Der neue Staat verpflichtet sich, die derzeit in seinem Hoheitsgebiet geltenden internationalen Verpflichtungen einzuhalten und die internationalen Verträge fortzusetzen, an denen das Königreich Spanien beteiligt ist.

Wir APPELLIEREN an die Staaten und internationalen Organisationen, die Katalanische Republik als unabhängigen und souveränen Staat anzuerkennen.

Wir FORDERN die Regierung der Generalitat auf, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die volle Wirksamkeit dieser Unabhängigkeitserklärung und des Gesetzes für den rechtlichen und grundlegenden Übergang der Republik zu ermöglichen.

Wir RUFEN jeden einzelnen Bürger der katalanischen Republik auf, sich der Freiheit, die wir uns gegeben haben, würdig zu erweisen und einen Staat aufzubauen, der die gemeinsamen Ideen in Handeln und Verhalten umsetzt.

Wir NEHMEN das im Referendum der katalanischen Bevölkerung vom 1. Oktober 2017 zum Ausdruck gebrachte Mandat der Selbstbestimmung AN und erklären, dass Katalonien ein unabhängiger Staat in Form einer Republik sein soll.

## **Entschliessungsantrag**

Das katalanische Parlament lehnt die Zustimmung des spanischen Ministerrates ab, dem spanischen Senat die Maßnahmen vorzuschlagen, mit denen festgelegt werden soll, was Artikel 155 der spanischen Verfassung vorsieht. Die vorgeschlagenen Maßnahmen bedeuten, abseits des derzeitigen rechtlichen Rahmens, die Beseitigung der Selbstverwaltung Kataloniens. Gleichzeitig set-

zen sie die spanische Regierung als Ersatz für die Regierung der Generalitat und als Zensor des katalanischen Parlaments ein; eine Maßnahme, die nicht nur inakzeptabel ist, sondern auch einen Angriff auf die Demokratie darstellt, wie es ihn in den letzten 40 Jahren nicht gegeben hat.

Wir haben Verhandlungen und Dialog angeboten und haben den Artikel 155 der Verfassung und die Beseitigung der Selbstverwaltung zur Antwort bekommen: Die Antwort war von einer politischen Entschlossenheit, die der Anwendung von Gewalt am 1. Oktober ähnelt.

Das Parlament erklärt sich damit einverstanden, die Regierung aufzufordern, alle notwendigen Anordnungen für die Umsetzung des Gesetzes über den rechtlichen und konstituierenden Übergang der Republik zu erlassen, insbesondere:

- Erlassung der erforderlichen Dekrete, Anordnungen und der personellen und materiellen Ausstattung der Verwaltung für die Ausstellung der Identitätsdokumente der katalanischen Bürger.
- Festlegung der Regelung für das Verfahren zum Erwerb der katalanischen Staatsangehörigkeit aufgrund der in Artikel 8 und der zweiten Schlussbestimmung vorgesehenen Fälle.
- Bemühung um Unterzeichnung eines Vertrags über die doppelte Staatsangehörigkeit mit der spanischen Regierung gemäß Artikel 9.
- Erlass der notwendigen Bestimmungen gemäß Artikel 12.1 für die Anpassung, Änderung und Anwendung des lokalen, autonomen und staatlichen Rechts, bevor das Gesetz über den rechtlichen und konstituierenden Übergang der Republik in Kraft tritt.
- Auf der Grundlage der Bestimmungen von Artikel 12.3, Erlass der spezifischen Dekrete zur Wiederherstellung und Wirksamkeit der Vorschriften, die vor den Rechtsordnungen erlassen wurden, und die vom spanischen Verfassungsgericht und von anderen spanischen Gerichten aus Kompetenzgründen für nichtig erklärt oder ausgesetzt wurden. Besonderes

Augenmerk gilt all jenen, die Steuern und andere Abgaben regulieren, sowie jenen, die Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ungleichheit betreffen.

- Förderung der Anerkennung der Katalanischen Republik vor allen Staaten und Institutionen.
- Erstellen einer Liste der internationalen Verträge, die in Kraft bleiben müssen, sowie derjenigen, die nicht anwendbar sein sollen, entsprechend und in Übereinstimmung mit Artikel 15.
- Festlegung der Integration der Verwaltung der Generalitat von Katalonien, gemäß Artikel 17, aller Beamten und Mitarbeiter des spanischen Staates, die bisher ihre Dienste der Generalverwaltung von Katalonien, der lokalen Verwaltung von Katalonien, den katalanischen Universitäten, der Justizverwaltung zur Verfügung gestellt haben sowie Beamten weiterer Verwaltungsinstitutionen des spanischen Staates in Katalonien, die Dienstleistungen außerhalb Kataloniens anbieten, sofern sie nicht ausdrücklich zurücktreten.
- Verkündung im Parlament der Liste der Verträge, Vereinbarungen und Vereinbarungen, die auf die katalanische Republik gemäß Artikel 19 übertragen werden müssen.
- Förderung eines Abkommens mit dem spanischen Staat über die Integration des Personals und die Übertragung der in den Abschnitten IV und V vorgesehenen Verträge gemäß Artikel 20.
- Beschluss aller genannten Punkte, sowie der erforderlichen Maßnahmen für das Funktionieren der Steuer-, Sozialversicherungs-, Zoll- und Katasterbehörden gemäß den Bestimmungen der Artikel 80, 81, 82 und 83. Festlegung angemessener Übergangsfristen zwischen den Verwaltungen, die für ein kontinuierliches Funktionieren des öffentlichen Dienstes erforderlich sind.
- Beginn der legislativen Schritte, die zur Schaffung einer öffentlichen Bank im Dienst der produktiven Wirtschaft notwendig sind.

- Beginn der legislativen Schritte, die für die Schaffung einer katalanischen Bank erforderlich sind, die die Funktionen einer Zentralbank und die Stabilität des Finanzsystems gewährleisten soll.
- Beginn der legislativen Schritte, die für die Schaffung der übrigen Regulierungsbehörden mit den ihnen innewohnenden Funktionen erforderlich sind.
- Eröffnung einer Verhandlungsphase mit dem spanischen Staat gemäß Artikel 82, um zu bestimmen, ob und in welchem Umfang der katalanische Staat den wirtschaftlichen und finanziellen Pflichten des Königreichs nachkommt.
- Erstellung eines Inventars der Vermögenswerte des spanischen Staates im Staatsgebiets Kataloniens, um die Nachfolge des katalanischen Staates gemäß Artikel 20 wirksam zu machen.
- Ausarbeitung eines Vorschlags für die Verteilung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten zwischen dem Königreich Spanien und der Republik Katalonien auf der Grundlage international standardisierter Kriterien, Eröffnung eines Verhandlungszeitraums zwischen den Vertretern beider Staaten, gegebenenfalls Vorlage der getroffenen Vereinbarung zur Abstimmung im katalanischen Parlament.

Das Parlament leitet eine Untersuchung ein, die eine strafrechtliche Verantwortung der spanischen Regierung, seiner Institutionen und Behörden im Zusammenhang mit der Verletzung grundlegender, individueller und kollektiver Rechte und des Wahlrechts der Katalanen am 1. Oktober 2017 ermitteln soll.

Diese Untersuchungskommission wird sich zusammensetzen aus Abgeordneten von Fraktionen; aus nationalen und internationalen Experten; aus Beamten der Ämter für Betrugsbekämpfung, für Beschwerden und aus der katalanischen Anwaltschaft; und Vertreter von Menschenrechtsorganisationen, um sicherzustellen, dass internationale Organisationen repräsentiert werden.

## Entschliessungsantrag 2

### Konstituierender Prozess

Das katalanische Parlament beschließt:

Der konstituierende Prozess wird begonnen und eröffnet.

Die Regierung der Generalitat wird aufgefordert:

a) Sofort alle ihnen zur Verfügung stehenden personellen, öffentlichen und sozialen Ressourcen sowie materiellen Mittel zu aktivieren, um den demokratischen, bürgernahen, transversalen, partizipativen und verbindlichen Teilprozess umzusetzen, der die Ausarbeitung und Genehmigung der republikanischen Verfassung zum Ziel hat. Die Republik wurde vom Parlament in einer verfassungsgebenden Versammlung konstituiert, die sich aus den konstituierenden Wahlen ergibt.

b) Innerhalb von fünfzehn Tagen den Beirat für den konstituierenden Prozess einzurichten, um die konstituierende Phase, die von der organisierten Zivilgesellschaft geleitet wird, zu begleiten.

c) Die entscheidende Phase des konstituierenden Prozesses einzuberufen, zu verbreiten und auszuführen, in der die geordneten Vorschläge vom gesellschaftlichen konstituierenden Forum gesammelt werden und über die in einer Volksabstimmung zu entscheiden ist, Diese Abstimmung wird ein verbindliches Mandat für das Parlament sein, das durch Wahlen in einer konstituierenden Versammlung gebildet wird.

d) Wahlen einzuberufen, sobald alle Phasen des konstituierenden Prozesses abgeschlossen sind.

Alle zivilen und sozialen Akteure sollen innerhalb eines Monats eine Plattform des konstituierenden Prozesses oder den Nationalen Pakt für den konstituierenden Prozess bilden.

Innerhalb von fünfzehn Tagen soll die Einrichtung einer parlamentarischen Kommission eingerichtet werden, die den konstituieren-

den Prozess überwacht, um die Aufgabe der Plattform zu schützen und ihn nicht zu behindern, damit das Erfüllen der gesetzlich festgelegten Halbjahresfrist für ihre Arbeit und Schlussfolgerungen garantiert ist.

Die Rathäuser werden aufgefordert, die Debatten der Mitgliedsgruppen auf lokaler Ebene durch Beteiligung der Zivilgesellschaft zu fördern und die notwendigen Ressourcen und Räume für die korrekte Abwicklung der Bürgerdebatte bereitzustellen.

Parlamentspalast, 27. Oktober 2017

*Lluís M. Corominas i Díaz*

Präsident der Parlamentsgruppe JS

*Marta Rovira i Vergés*

Sprecherin der Parlamentsgruppe JS

*Mireia Boya e Busquet*

Präsidentin der Parlamentsgruppe CUP-CC

*Anna Gabriel i Sabaté*

Sprecherin der Parlamentsgruppe CUP-CC

# Faksimile

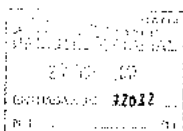




PARLAMENT DE CATALUNYA

Ref.: 255LCO271017C00G3

10-173 N



255-00004/11

## A LA MESA DEL PARLAMENT

Lluís M. Corominas i Díaz, president del Grup Parlamentari de Junts pel Sí, Marta Rovira i Vergés, portaveu del Grup Parlamentari de Junts pel Sí, Mireia Boya e Busquet, presidenta del Grup Parlamentari de la Candidatura d'Unitat Popular - Crida Constituent, Anna Gabriel i Sabaté, portaveu del Grup Parlamentari de la Candidatura d'Unitat Popular - Crida Constituent, d'acord amb el que estableixen els articles 151 i 152 del Reglament del Parlament, presenten les següents propostes de resolució subsegüents al Debat general sobre l'aplicació de l'article 155 de la Constitució espanyola a Catalunya i els seus possibles efectes (tram. 255-00004/11).

## PROPOSTES DE RESOLUCIÓ

### Proposta de resolució 1

#### Declaració dels representants de Catalunya

Els diputats del Grup Parlamentari de Junts pel Sí i la CUP-Crida Constituent van signar el proppassat 10 d'octubre al Parlament de Catalunya la següent:

#### DECLARACIÓ DELS REPRESENTANTS DE CATALUNYA

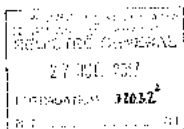
Al poble de Catalunya i a tots els pobles del món.

La justícia i els drets humans individuals i col·lectius intrínsecs, fonaments irrenunciables que donen sentit a la legitimitat històrica i a la tradició jurídica i institucional de Catalunya, són la base de la constitució de la República catalana.

Mostr.: 255 Propostes de resolució subsegüents al debat general L. i. P. e



PARLAMENT DE CATALUNYA



La nació catalana, la seva llengua i la seva cultura tenen mil anys d'història. Durant segles, Catalunya s'ha dotat i ha gaudit d'institucions pròpies que han exercit l'autogovern amb plenitud, amb la Generalitat com a màxima expressió dels drets històrics de Catalunya. El parlamentarisme ha estat, durant els períodes de llibertat, la columna sobre la qual s'han sustentat aquestes institucions, s'ha canalitzat a través de les Corts Catalanes i i ha cristal·litzat en les Constitucions de Catalunya.

Catalunya restaura avui la seva plena sobirania, perduda i llargament anhelada, després de dècades d'intentar, honestament i lleialment, la convivència institucional amb els pobles de la península ibèrica.

Des de l'aprovació de la Constitució espanyola de 1978, la política catalana ha tingut un paper clau amb una actitud exemplar, lleial i democràtica envers Espanya, i amb un profund sentit d'Estat.

L'Estat espanyol ha respost a aquesta lleialtat amb la denegació del reconeixement de Catalunya com a nació; i ha concedit una autonomia limitada, més administrativa que política i en procés de recentralització; un tractament econòmic profundament injust i una discriminació lingüística i cultural.

L'Estatut d'Autonomia, aprovat pel Parlament i el Congrés, i referendat per la ciutadania catalana, havia de ser el nou marc estable i durador de relació bilateral entre Catalunya i Espanya. Però va ser un acord polític trencat per la sentència del Tribunal Constitucional i que fa emergir noves reclamacions ciutadanes.

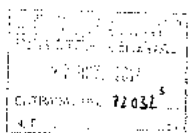
Recollint les demandes d'una gran majoria de ciutadans de Catalunya, el Parlament, el Govern i la societat civil han demanat repetidament acordar la celebració d'un referèndum d'autodeterminació.

Davant la constatació que les institucions de l'Estat han rebutjat tota negociació, han violentat el principi de democràcia i autonomia, i han ignorat els mecanismes legals disponibles a la Constitució, la Generalitat de Catalunya ha convocat un referèndum per a l'exercici del dret a l'autodeterminació reconegut en el dret internacional.

L'organització i celebració del referèndum ha comportat la suspensió de l'autogovern de Catalunya i l'aplicació de facto de l'estat d'excepció.



PARLAMENT DE CATALUNYA



La brutal operació policial de caire i estil militar orquestrada per l'estat espanyol contra ciutadans catalans ha vulnerat, en moltes i repetides ocasions, les seves llibertats civils i polítiques i els principis dels Drets Humans, i ha contravengut els acords internacionals signats i ratificats per l'Estat espanyol.

Milers de persones, entre les quals hi ha centenars de càrrecs electes i institucionals i professionals vinculats al sector de la comunicació, l'administració i la societat civil, han estat investigades, detingudes, querellades, interrogades i amenaçades amb dures penes de presó.

Les institucions espanyoles, que haurien de romandre neutrals, protegir els drets fonamentals i arbitrar davant del conflicte polític, han esdevingut part i instrument d'aquests atacs i han deixat indefensa la ciutadania de Catalunya.

Malgrat la violència i la repressió per intentar impedir la celebració d'un procés democràtic i pacífic, els ciutadans de Catalunya han votat majoritàriament a favor de la constitució de la República catalana.

La constitució de la República catalana es fonamenta en la necessitat de protegir la llibertat, la seguretat i la convivència de tots els ciutadans de Catalunya i d'avançar cap a un Estat de dret i una democràcia de més qualitat, i respon a l'impediment per part de l'estat espanyol de fer efectiu el dret a l'autodeterminació dels pobles.

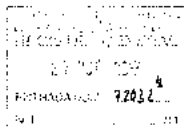
El poble de Catalunya és amant del dret, i el respecte a la llei és i serà una de les pedres angulars de la República. L'estat català acatarà i farà complir legalment totes les disposicions que conformen aquesta declaració i garanteix que la seguretat jurídica i el manteniment dels acords subscrits formarà part de l'esperit fundacional de la República catalana.

La constitució de la República és una mà estesa al diàleg. Fent honor a la tradició catalana del pacte, mantenim el nostre compromís amb l'acord com a forma de resoldre els conflictes polítics. Alhora, reafirmem la nostra fraternitat i solidaritat amb la resta de

pobles del món i, en especial, amb aquells amb qui compartim llengua i cultura i la regió euromediterrània en defensa de les llibertats individuals i col·lectives.



PARLAMENT DE CATALUNYA



La República catalana és una oportunitat per corregir els actuals déficits democràtics i socials i bastir una societat més pròspera, més justa, més segura, més sostenible i més solidària.

En virtut de tot el que s'acaba d'exposar, nosaltres, representants democràtics del poble de Catalunya, en el lliure exercici del dret d'autodeterminació, i d'acord amb el mandat rebut de la ciutadania de Catalunya,

CONSTITUÏM la República catalana, com a Estat independent i sobirà, de dret, democràtic i social.

DISPOSEM l'entrada en vigor de la Llei de transitorietat jurídica i fundacional de la República.

INICIEM el procés constituent, democràtic, de base ciutadana, transversal, participatiu i vinculant.

AFIRMEM la voluntat d'obrir negociacions amb l'estat espanyol, sense condicionants previs, adreçades a establir un règim de col·laboració en benefici de les dues parts. Les negociacions hauran de ser, necessàriament, en peu d'igualtat.

POSEM EN CONEIXEMENT de la comunitat internacional i les autoritats de la Unió Europea la constitució de la República catalana i la proposta de negociacions amb l'estat espanyol.

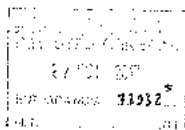
INSTEM a la comunitat internacional i les autoritats de la Unió Europea a intervenir per aturar la violació de drets civils i polítics en curs, i a fer el seguiment del procés negociador amb l'Estat espanyol i ser-ne testimonis.

MANIFESTEM la voluntat de construcció d'un projecte europeu que reforci els drets socials i democràtics de la ciutadania, així com el compromís de continuar aplicant, sense solució de continuïtat i de manera unilateral, les normes de l'ordenament jurídic de la Unió Europea i les de l'ordenament de l'estat espanyol i de l'autonòmic català que transposen aquesta normativa.

AFIRMEM que Catalunya té la voluntat inequívoca d'integrar-se tan ràpidament com sigui possible a la comunitat internacional. El nou Estat es compromet a respectar les



PARLAMENT DE CATALUNYA



**obligacions internacionals que s'apliquen actualment en el seu territori i a continuar sent part dels tractats internacionals dels quals és part el Regne d'Espanya.**

**APEL·LEM als Estats i a les organitzacions internacionals a reconèixer la República catalana com Estat independent i sobirà.**

**INSTEM al Govern de la Generalitat a adoptar les mesures necessàries per fer possible la plena efectivitat d'aquesta Declaració d'independència i de les previsions de la Llei de transitorietat jurídica i fundacional de la República.**

**FEM una crida a tots i cadascun dels ciutadans i ciutadanes de la República catalana a fer-nos dignes de la llibertat que ens hem donat i a construir un Estat que tradueixi en acció i conducta les inspiracions col·lectives.**

**ASSUMIM el mandat del poble de Catalunya expressat en el Referèndum d'Autodeterminació de l'1 d'octubre i declarem que Catalunya esdevé un estat independent en forma de República.**

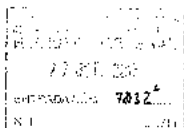
### PROPOSTA DE RESOLUCIÓ

**El Parlament de Catalunya expressa el seu rebuig a l'acord del Consell de Ministres de l'Estat espanyol proposant al Senat de l'Estat Espanyol les mesures per a concretar el que disposa l'article 155 de la Constitució Espanyola. Les mesures proposades, al marge del propi estament jurídic actual, suposen l'eliminació de l'autogovern de Catalunya. Alhora situen al Govern de l'Estat espanyol com a substitut del Govern de la Generalitat i censor del Parlament de Catalunya, una mesura que no tan sols no es pot acceptar sinó que és un atac a la democràcia sense precedents en els darrers 40 anys.**

**Hem ofert negociació i diàleg i ens han contestat amb l'article 155 de la Constitució i l'eliminació de l'autogovern: la resposta ha estat d'una contundència política similar a l'ús de la força del dia 1 d'octubre.**



PARLAMENT DE CATALUNYA

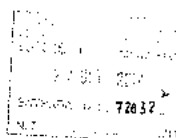


El Parlament acorda, instar el Govern a dictar totes les resolucions necessàries per al desenvolupament de la Llei de transitorietat jurídica i fundacional de la República i en especial:

- A promulgar els Decrets necessaris, dotant personal i materialment els serveis administratius presos per a l'expedició a la ciutadania dels documents acreditatius de la nacional catalana.
- A establir la regulació del procediment per a l'adquisició de la nacionalitat catalana, per raó dels supòsits previstos en l'article 8 i la disposició final segona.
- A impulsar la subscripció d'un tractat de doble nacionalitat amb el govern del regne d'Espanya, de conformitat amb l'article 9.
- A dictar, de conformitat amb l'article 12.1, les disposicions necessàries per a l'adaptació, modificació, i inaplicació del dret local, autonòmic i estatal vigent abans de l'entrada en vigor de la Llei de transitorietat jurídica i fundacional de la República.
- A dictar, amb fonament a allò que disposa l'article 12.3 els Decrets precisos per a la recuperació i eficàcia de les normes anteriors a la successió d'ordenaments jurídics, anul·lades o suspeses per motius competencials pel Tribunal Constitucional i per la resta de tribunals, parant especial atenció a totes aquelles reguladores d'impostos i altres figures impositives, així com aquelles que desenvolupen eines per a la lluita contra la pobresa i la desigualtat social.
- A promoure, davant tots els estats i institucions el reconeixement de la República Catalana.
- A establir pel procediment corresponent i de conformitat amb allò que disposa l'article 15, la relació de tractats internacionals que ha-



PARLAMENT DE CATALUNYA

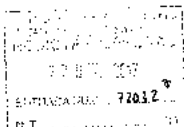


gin de mantenir la seva vigència, així com la d'aquells que hagin de resultar inaplicats.

- A establir, d'acord amb l'article 17, el règim d'integració, a l'Administració de la Generalitat de Catalunya, llevat de renúncia expressa dels mateixos; de tots aquells funcionaris, personal de l'estat espanyol, que fins a la data prestaven els seus serveis a l'administració general de Catalunya, a l'administració local de Catalunya, les universitats catalanes, l'administració de justícia, l'administració institucional de l'estat a Catalunya, o dels funcionaris, personal de l'estat espanyol, de nacionalitat catalana, que prestin els seus serveis fora de Catalunya.
- A donar coneixement al Parlament, de la relació de contractes, convenis i acords objecte de subrogació per part de la República Catalana, d'acord amb allò que disposa l'article 19.
- A impulsar un acord amb l'estat espanyol per a la integració del personal i la subrogació dels contractes previstos en els apartats IV i V, de conformitat amb allò que disposa l'article 20.
- A acordar tot allò que sigui precedent, així com adoptar les mesures necessàries per a l'exercici de l'autoritat fiscal, de la seguretat social, duanera i cadastral d'acord amb allò que disposen els articles 80, 81, 82 i 83, establint, si és el cas, els períodes de traspàs entre administracions necessaris per a un adequat servei públic.
- A promoure les actuacions i mesures legislatives necessàries per a la creació d'un banc públic de desenvolupament al servei de l'economia productiva.
- A promoure les actuacions i mesures legislatives necessàries per a la creació del Banc de Catalunya, amb les funcions de banc central, qui ha de vetllar per l'estabilitat del sistema financer.



PARLAMENT DE CATALUNYA



- A promoure les actuacions i mesures legislatives necessàries per a la creació de la resta de les autoritats reguladores, amb les funcions que els són inherents.
- A obrir un període de negociacions amb l'estat espanyol, segons allò que disposa l'article 82, per a determinar, si és el cas, i en quin grau, la successió de l'estat català mitjançant un acord, en drets i obligacions de caràcter econòmic i financer assumits pel regne d'Espanya.
- A elaborar un inventari del béns de titularitat de l'estat espanyol, radicats al territori nacional de Catalunya, a fi de fer efectiva la successió en la seva titularitat per part de l'estat català, de conformitat amb allò que disposa l'article 20.
- A elaborar una proposta de repartiment d'actius i passius entre el regne d'Espanya i la república de Catalunya, amb fonament als criteris internacionalment estandaritzats, obrint un període de negociació entre els representants d'ambdós estats, sotmetent l'acord assolit, si és el cas, a l'aprovació del Parlament de Catalunya.

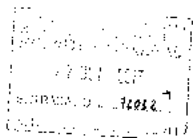
El Parlament obre una investigació per a determinar les responsabilitats del Govern de l'Estat Espanyol, les seves institucions i òrgans dependents en la comissió de delictes relacionats amb la vulneració de drets fonamentals, individuals i col·lectius per evitar l'exercici del dret de vot del poble de Catalunya el passat 1 d'octubre.

Aquesta Comissió d'investigació estarà conformada per diputats dels grups parlamentaris i persones expertes de l'àmbit nacional i internacional, de l'Oficina Antifrau, de la Sindicatura de Greuges i de l'advocacia catalana i en representació de les entitats de defensa dels drets humans, procurant que hi siguin representades les organitzacions internacionals.





PARLAMENT DE CATALUNYA



## Proposta de resolució 2

### Procés constituent

El Parlament de Catalunya acorda:

Declarar l'inici i l'obertura del procés constituent.

Instar el govern de la Generalitat a:

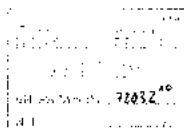
- Activar de manera immediata tots els recursos humans, públics i socials així com mitjans materials al seu abast, per a fer efectiu el procés constituent democràtic, de base ciutadana, transversal, participatiu i vinculant, que ha de culminar amb la redacció i aprovació de la constitució de la República per part del Parlament constituït en Assemblea Constituent que resulti de les eleccions constituents.
- Constituir en el termini de quinze dies el Consell assessor del procés constituent per tal d'assessorar en la fase deliberativa constituent liderat per la societat civil organitzada.
- Convocar, difondre i executar la fase decisòria del procés constituent, recollint les propostes sistematitzades al Fòrum Social Constituent, sotmetent-les a consulta ciutadana, que constituirà un mandat vinculant pel Parlament constituït en Assemblea Constituent que resulti de les eleccions constituents.
- Convocar eleccions constituents un cop culminades totes les fases del procés constituent.

Encoratjar a tots els agents cívics i socials per a què en el termini d'un mes, constitueixin la plataforma promotora del procés constituent o Pacte nacional pel procés constituent.

Constituir, en el termini de quinze dies, la Comissió parlamentària de seguiment del procés constituent, a fi d'emparar, que no interferir; la tasca de la plataforma promotora, garantint el desplegament dels seus



PARLAMENT DE CATALUNYA



treballs així com el compliment del termini semestral legalment definit per el seu desenvolupament i conclusions.

Encoratjar als ajuntaments a impulsar els debats constituents des de l'àmbit local promovent la participació de la societat civil, facilitant els recursos i espais propis necessaris pel desenvolupament correcte del debat ciutadà.

Palau del Parlament, 27 d'octubre de 2017

Lluís M. Corominas i Díaz  
President del GP JS

Marta Rovira i Vergés  
Portaveu del GP JS

Mireia Boya e Busquet  
Presidenta del GP CUP-CC

Anna Gabriel i Sabaté  
Portaveu del GP CUP-CC

